

## Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz am Sozialministerium

Utl.: Sozialminister Rauch unterstützt Projekt zur Aufarbeitung der Geschichte der nationalsozialistischen Militärjustiz in Wien =

Wien (OTS) - Wien (OTS) - Am Regierungsgebäude am Stubenring 1 in Wien erinnert heute nichts mehr an seine frühere Funktion als Zentrum der Militärjustiz in Wien im Dritten Reich. Sozialminister Johannes Rauch hat nun das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ beauftragt, die Geschichte des Hauses aufzuarbeiten. In den kommenden Monaten sind ein Symposium und die Errichtung einer Gedenktafel am Haus geplant. \*\*\*\*

Das Regierungsgebäude am Stubenring 1 in Wien war zunächst als Kriegsministerium der österreichisch-ungarischen Monarchie, danach wurde es vom österreichischen Bundesheer genutzt. Ab 1938 wurde es der zentrale Knotenpunkt im Netzwerk der nationalsozialistischen Militärjustiz in Wien. Nach dem sogenannten „Anschluss“ wurde hier die Eingliederung des Bundesheeres in die Wehrmacht organisiert. Das Ziel: Das System musste funktionieren, bevor die Eroberungskriege der NS-Diktatur begannen.

Heute sind in dem Gebäude das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft sowie das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsument:innenschutz untergebracht. Vor Ort erinnert nichts mehr an die Funktion des Gebäudes während des Nationalsozialismus.

Geschichte sichtbar machen

Das Sozialministerium unterstützt deshalb ein Projekt, um die NS-Geschichte des Hauses aufzuarbeiten. Ziel ist es, diesen Teil der Geschichte des Gebäudes mit einer Gedenktafel sichtbar zu machen. Die Gedenktafel soll formal mit dem Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz korrespondieren. Begleitet wird die Errichtung von einem halbtägigen Symposium, das die Rolle der Militärjustiz im Deutschen Reich und speziell deren Wirken auf dem Gebiet Österreichs thematisiert.

„Das Wissen um unsere Vergangenheit und unsere Verantwortung für

die schrecklichen Gräuel der nationalsozialistischen Diktatur ist Voraussetzung für die Gestaltung unserer Zukunft“, betont Sozialminister Johannes Rauch. „Toleranz zu fördern, Minderheiten zu schützen und uns Antisemitismus entschieden entgegenzustellen – das ist heute unsere Aufgabe.“

#### Umsetzung in den kommenden Monaten

Das Projekt soll in den kommenden Monaten in Kooperation mit der Burghauptmannschaft, unter deren Verwaltung das Regierungsgebäude steht, sowie mit dem Bundesdenkmalamt umgesetzt werden.

Das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ ist 2002 aus einem wissenschaftlichen Projekt hervorgegangen. Der Verein verbindet in seiner Arbeit breites zivilgesellschaftliches Engagement mit parlamentarischer Arbeit sowie mit medialer und kulturpolitischer Vermittlung. Zusätzlich engagiert sich das Komitee für die umfassende Rehabilitierung und Entschädigung der Wehrmachtsdeserteure, sogenannter „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer. Sozialminister Johannes Rauch unterstützt bereits das Personenkomitee bereits seit der Gründung.

~

#### Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)  
pressesprecher@sozialministerium.at  
sozialministerium.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/46/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0099 2022-11-29/11:12

291112 Nov 22

#### Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20221129\\_OTS0099](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221129_OTS0099)